

Schulen die Verbreitung ihres Geistes nicht ohne Zusammenhang mit den Kulturwissenschaften vollziehen und daß sich auf diese Weise im Bewußtsein der Notwendigkeit des künftigen sintonischen Einflusses eine Weltanschauung vorbereitet, die Schillers Forderung: die Materie durch den Geist zu beherrschen, zur Erfüllung bringen wird. Trotz allem, was dem zu widersprechen scheint, wird das kommende technische Zeitalter eine Synthese aller Kräfte darstellen, jene Sinfonia Eroica der Menschheit, die Weber vorausgah.

Mit besonderem Stolz dürfen wir Dresdner darauf hinweisen, daß unsere Technische Hochschule es gewesen ist, die als erste durch die Anstiftung einer Kulturabteilung den Zusammenhang der Wissenschaften betont und praktisch hergestellt hat, eine weisshauende Politik, durch die sie in erster Linie berufen erscheint, auch im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens, in das sie nun eintritt, an der Vereinigung von Kultur und Technik als führende technische Anstalt höchsten Stils mitzuarbeiten.

Eine bunte Arbeitsgemeinschaft im Preußenlandtag.

Berlin, 3. Juni. Nach einer Mitteilung des Grafen Pöschel aus dem Büro des Preussischen Landtages haben sich die Mitglieder der Christlich-Nationalen Bauernpartei (8), die Weissen (4), die Abgeordneten der Auswertungspartei (2) und die Bäckischen (2) zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Man wird anerkennen müssen, daß sich hier recht uneinheitliche Elemente zusammengefunden haben.

Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, soll die Arbeit des Landtages schon zum 8. Juni zusammenzurufen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß bis dahin die Wahlleitung noch nicht mit ihren Arbeiten fertig ist, und daß also bis dahin formell eine ganze Reihe von Abgeordneten noch nicht im Besitze ihrer Mandate sein wird. Dennoch will die preussische Regierung von diesem noch unvollständigen Landtag ein Vertrauensvotum haben.

Die „Tägl. R.“ schreibt weiter: Verwunderlich schließlich muß der Rat erscheinen, mit dem Herr Braun auch für die so stark zusammengeschlossenen Parteien der Demokraten und des Zentrums das Wahlergebnis als einen Ausbruch des Selbstvertrauens ausgeben will. Das Ministerium ist bekanntlich feinergetzt noch unter Herrn Marx gebildet worden. Es besteht aus drei Zentrumsministern, zwei Sozialdemokraten und — drei Demokraten. Ob man wirklich glaubt, daß das Volk eine solche Zusammenfassung auch bei der Wahl für richtig hält? Die Weimarer Koalition ist auch weiterhin auf eine reine Zufallsmehrheit angewiesen.

Deutscher Bergmannstag 1928.

Berlin, 3. Juni. In Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers, des Reichsfinanzministers, des Reichsjustizministers, des preussischen Handelsministers und des Generaldirektors der Reichseisenbahnen wurde hier heute der Deutsche Bergmannstag 1928, der erste nach dem Kriege, eröffnet. Der Sitzung wohnten auch zahlreiche führende Bergleute des In- und Auslandes sowie hervorragende Vertreter der Wirtschaft, die Direktoren der Bergakademie und Hochschulen bei.

Zusammenstoß zwischen Koffron und Polizei.
Berlin, 3. Juni. Beim Begräbnis des am Wahlsonntag erschossenen Kommunisten kam es zwischen Koffron und den Roten Frontkämpfern zu Zusammenstößen, in deren Verlauf fünf Polizisten verletzt wurden. Die Polizei sah sich genötigt, mit Gummiknüppeln gegen die Menge vorzugehen.

Tschangtsolin nach Mukden unterwegs.

Totio, 3. Juni. Nach Meldungen aus Nordchina ist Marschall Tschangtsolin, der am Sonnabend Peking verlassen hat, bisher noch nicht in Mukden eingetroffen. In Peking selbst herrscht Ruhe. Im Falle der Unterbrechung der Verbindung mit Tientsin sollen täglich zwei Züge unter Verwendung fremder Truppen den Verkehr zwischen den beiden Städten aufrechterhalten.

Als sich Tschangtsolin, von seinem Stabe begleitet, in einem Panzer aus dem Winterpalast nach dem Bahnhof begab, waren die Straßen streng bewacht. Auf dem Bahnhofe hatten sich zahlreiche Truppen, Vertreter der Behörden und Fremde versammelt. Unter klingendem Spiel begab sich Tschangtsolin lächelnd in seinen Privatpflugswagen. Nach umlaufenden Gerüchten beabsichtigt der Führer der Japantruppen, Tschangtsolin und Panpungting, die schon lange mit den nationalistischen Ideen sympathisieren, sich den Südtropen anzuschließen und mit ihren Armeen in Tschili zu bleiben.

Er mordung eines japanischen Offiziers.

Totio, 3. Juni. Wie die Blätter melden, haben Polizisten, die chinesische Räuber über die Grenze am Jalu verfolgten, die verstümmelte Leiche des japanischen Leutnants Wakabayashi entdeckt. Der Offizier war feinerweise Banditen in die Hände gefallen, die von der Mandchurei aus in koranisches Gebiet eingebrochen waren und noch mehrere andere Personen getötet oder verwundet haben. Von japanischer Seite hatte man nach dem Überfall ein Patrouillen an die betreffende Stelle der Grenze entsandt und die chinesischen Behörden aufgefordert, die Verletzung des verschleppten Offiziers zu veranlassen.

Auf der Suche nach Nobile.

Kingsbay, 3. Juni. Gestern abend um 8 Uhr verließ die „Vragana“ Kingsbay mit 18 Italienern an Bord. Unter ihnen befinden sich Hauptmann Cora mit seinem Alpenjäger, Kapitän Tomacelli und ein Radiotelegraphist. Das Schiff wird bei günstigen Eisverhältnissen ungefähr eine Woche fortbleiben. Die „Gobba“, die den norwegischen Aljeer Rühow-Holm an Bord hat, ist noch nicht hier eingetroffen. Sie wird aber in aller Kürze in Spitzbergen erwartet. Der Pilot will gleich nach der Landung seine ersten Erkundungsflüge unternehmen.

Das „Kreuz des Südens“ auf den Fidschi-Inseln.

London, 3. Juni. Nach einer hier eingegangenen Meldung ist das „Kreuz des Südens“ gestern abend auf der 100 Seemeilen von Honolulu entfernten Fidschi-Insel Kanai gelandet. Das Flugzeug ist heute zum Weiterflug aufgestiegen. (W. Z. B.)

Ihr Haar geht aus!

Wenn Ihr Haar in ganzen Büscheln ausgeht, dann ist das ein sicheres Zeichen, daß die Haarwurzeln unternährt oder mit Schuppen verstopft sind. Da nicht jeden Tag soviel Haar wachsen kann, wie Sie verlieren, so ist baldige Abhilfe zu befehlen. Der sicherste Weg, den Haarausfall und die Schuppen zu befeuchten, ist die Pflege des Haares mit **Dooschen**. **Dooschen** erfrischt die Kopfhaut, entfernt die Schuppen, stärkt die Haarwurzeln und befeuchtet den Haarausfall. **Dooschen** macht das Haar weich und damit ihre ganze Persönlichkeit jugendlich reizvoll und schön. Denken Sie morgen gleich an **Dooschen**, denn ein **Dooschen** Kopf heißt prächtig aus. Das echte **Dooschen** kostet drei Mark und ist nur in den folgenden Geschäften erhältlich: Apotheker Bahls Drogerie Reichsstr. 16, Ede Schmorlstraße; Drogerie D. Baumann, Johannstraße 9; Drogerie George Baumann, Prager Str. 40; Drogerie Goffe & Seibel, Wallstraße 23; Apotheker-Drogerie Kurt Ludwiger, Ede Brunner u. J. K. Straße; Parfümerie Paul Schwarzjahn, Schloßstraße 13; in **Obdau**: Drogerie Hartmann, Markt, Kesselsdorfer Str. 3; in **Neustadt**: Ede Aahl, Hauptstraße 20.

Die Drofflung der deutschen Wirtschaftsrente.

Eine Warnung Dr. Bangs.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Juni. Anlässlich seiner Jahreshauptversammlung hielt der „Bund für Nationalwirtschaft und Volksgemeinschaft“ eine öffentliche Versammlung ab, in der der Reichsstaatsrat Dr. Bang über das Thema „Die Drofflung der deutschen Wirtschaftsrente“ folgendes ausführte: Seit 1918 steht die Wirtschaft zwischen zwei Entengungsvorgängen, nämlich der Entengung von außen durch den Versailler Friedensvertrag und den Dawes-Plan, und der Entengung von innen durch eine raubwirtschaftliche Tarif-, Steuer- und Sozialpolitik. Die angeforderte Reichsbahn-Tarifserhöhung um 20 Millionen Mark, die Erhöhung des Industriebelastungsschlüssels von 15,73 Prozent auf 19,6 Prozent sind weitere Schritte auf diesem Wege. Im nächsten Etat müßte aus den verpfändeten Böden und Verbrauchsausgaben ein Mehr von 750 Millionen Mark aufgebracht werden. Diese Erfüllung ist laufende Verminderung nicht nur der Wirtschaftsrente, sondern auch der Wirtschaftssubstanz.

Die Eigenart der Arbeitslosenversicherung zeige deutlich, wohin der Weg geht. Wir strecken nach dem Zustand des rücksichtslosen Menschen. Man vergesse dabei aber, daß eine Rüksichtslosigkeit nur so lange möglich sei, solange noch genug Rüksichtsträger da sind, die sich geduldig meßlen lassen. In einer finanziell unrentabel gemachten Wirtschaft wird, so fuhr Dr. Bang fort, die Rentabilität aber nicht durch Kredite wiederhergestellt, sondern endgültig verloren. Rentencredite in einer marxistisch gebundenen Wirtschaft verschlingen das gesamte Wirtschaftsbild und täuschen dem Auslande eine wirtschaftliche Tragfähigkeit vor, die nicht vorhanden ist. Nur wir selbst können uns helfen, und diese Selbsthilfe kann nur sein: Voraus aus der marxistischen Forderung unserer Wirtschaft, fort mit der Selbstdrofflung der Produktion, der Zwangsverwirklichung der Leistung, des Preises, des Lohnes und der Arbeitszeit. Freie Bahn dem deutschen Unternehmer und freies Selbstbestimmungsrecht dem deutschen Arbeiter. Es gibt nur eine Grundlage des Lebens: Die Selbstverantwortlichkeit des selbstschaffenden Menschen.

Vor dem Kriege verbrauchten wir 50 Milliarden Arbeitsstunden, der Mehraufwand durch die Reparationen beträgt zehn Milliarden Arbeitsstunden; also brauchen wir sechzig Milliarden, das heißt auf deutsch den 14-Stundentag, von dem vier Stunden unentgeltlich von Unternehmern und Arbeitern zu leisten wären. Die sogenannte Erfüllungspolitik arbeitet also täglich sechs Stunden zu wenig. Den Ausgleich findet man auf dem Wege der Entengung von Rente und Substanz. Der Redner wies auf die Gefahr der Scheinkonjunktur unserer Wirtschaft. Der Einwand, daß wir ohne Auslandsanleihen nicht leben könnten, sei falsch. Das deutsche Wirtschaftssystem sei kein Anleihenproblem, sondern ein Problem der Rente, das heißt der von selbst erdroffelten Rente. Dazu komme, daß man die Wirtschaft als marxistisches Experimentierfeld mißbrauche und sie zum Zwecke ihrer kalten Sozialisierung mit Lasten beude, die auch, abgesehen von den Dawes-Lasten, zu einer Erdrofflung der Rente führen müßten.

Reichsbahn und Reichsregierung.

Für den 9. Juni ist der Verwaltungsrat der Reichsbahn einberufen worden, der sich mit der Tarifserhöhung beschäftigen wird. In den Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reichsbahngesellschaft ist versucht worden, eine Art Ausgleich zu schaffen. Dabei wird, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ meldet, von der Tatsache ausgegangen, daß die Erhöhung der Personentaxi auf die mindere Bevölkerungsschichten am schwersten drücken werde. Infolgedessen sei versucht worden, eine Lösung zu finden, daß die Personentaxi nicht in dem angeforderten Ausmaß erhöht zu werden brauchten. In diesem Zusammenhang sei auch erwohnen, ob die finanzielle Lage des Reiches es gestatte, daß die Reichsregierung auf die ihr ankommenden Zinsen aus den Vorzugsanleihen der Reichsbahn verzichte, um

dadurch der Reichsbahngesellschaft eine Erleichterung in ihren finanziellen Verpflichtungen zu schaffen.

Wie der „Berl. Lokalanz.“ dazu mittelst, soll die Frage der Reichsbahntarifserhöhung baldigt durch ein Kompromiß gelöst werden. Maßgebend seien die Rüksichten auf die Reparationsverpflichtungen der Reichsbahn, es soll aber doch ein Weg gefunden werden, der zugleich die nötigen Rüksichten sozialer und wirtschaftlicher Natur gewährt. Die Reichsbahn glaubt, was den Weg der Kredite anbetrifft, daß es nicht möglich sein wird, im laufenden Jahre mehr als die bisher vorgesehene 400 Millionen auf dem Anleihenmarkt unterzubringen; gegen kurzfristige Anleihen best die Reichsbahn stärkste Bedenken. Man hat eingewendet, daß die Reichsbahn bei Erhöhung der Tarife nicht mehr die notwendigen 200 Millionen Verkehrseiner aufbringen würde, was aber von Seiten der Reichsbahn bestritten wird. Ebenso glaubt die Reichsbahn nicht, daß die Tarifierhöhung zu einer Schädigung der Wirtschaftskontunktur führen würde. Wie der „Lok. Anz.“ weiter wissen will, soll die Möglichkeit bestehen, daß eine Veränderung der Personentaxi vermieden wird und daß das Reich auf die 60 Millionen verzichten könnte, die die Bahn an die Reichskasse aus der Verkehrssteuer abzuliefern hat. — Der wahre Grund all dieser Rüste ist natürlich das Ausdehnungssystem des Dawes-Plans und eine grundlegende Änderung wird nur durch eine Dawes-Revision möglich sein.

Rechnungsabluß des Haushalts 1927.

Berlin, 3. Juni. Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine vergleichende Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches in den Jahren 1924 bis 1927 und der Anlage in dem endgültigen Haushaltsplan 1928. Im Rechnungsjahre 1927 betragen im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 9677 Millionen Reichsmark, die bisher geleisteten Ausgaben 8819 Millionen Reichsmark. Von dem rechnungsmäßigen Unterschiedsbetrag sind zur Deckung von Mehrausgaben (nach Abzug der Mehreinnahmen) 620 Millionen Reichsmark erforderlich, so daß nach Abzug dieses Bedarfs für das Jahr 1927 ein Ueberschuß von 888 Millionen Reichsmark verbleibt.

Im Haushaltsplan für 1928 ist von diesem Ueberschuß bereits über einen Betrag in der Höhe von 162 Millionen Reichsmark verfügt worden. Der nunmehr weiter zur Verfügung stehende Betrag von 726 Millionen Reichsmark ist der Abdeckung des Extraordinariums zugeführt worden.

Beim außerordentlichen Haushalt 1927 sind 141,8 Millionen Reichsmark vereinnahmt worden. Diesen Einnahmen stehen Ausgaben in Höhe von 492,7 Millionen Reichsmark gegenüber, so daß sich beim außerordentlichen Haushalt für 1927 ein Zuschußbedarf von 351,4 Millionen Reichsmark ergibt. Hierzu kommt der im Rechnungsjahre 1926 ungedeckt gebliebene Zuschußbedarf des Extraordinariums in Höhe von 200 Millionen Reichsmark, der auf 1927 übertragen werden mußte. Danach sind bis zum Ende des Rechnungsjahres 1927 außerordentliche Ausgaben in Höhe von 641,4 Millionen Reichsmark verausgabt worden. Hiervon konnten nunmehr 176,2 Millionen Reichsmark aus den vorerwähnten Ueberschüssen des ordentlichen Haushalts endgültig abgedeckt werden; nach deren Abzug stellt sich die Verschuldung des außerordentlichen Haushalts auf 465,2 Millionen Reichsmark. Zur Deckung dieser Verschuldung und der am Schluß des Rechnungsjahres noch ungedeckten Ausgaberechte in Höhe von 238,8 Millionen Reichsmark bleibt ein Anleihenbedarf von 704 Millionen Reichsmark. Die diesem Bedarf entsprechende Anleihenvermehrung von 704 Millionen Reichsmark ermäßigt sich durch Veranziehung des realistischen Vermögensmittelfonds von 62 Millionen auf 642 Millionen Reichsmark. Der bisherige Anleihenbedarf von 914 Millionen Reichsmark ist also um 272 Millionen Reichsmark vermindert worden.

Die vom Reichsfinanzministerium eingeleiteten Maßnahmen lassen erhoffen, daß durch eine scharfe Ueberwachung des Extraordinariums auch weiterhin eine nicht unbedeutliche Herabminderung des Bedarfs oder wenigstens eine Streckung dieses Bedarfs über einen längeren Zeitraum erzielt werden wird. (W. Z. B.)

Erneute Brüskierung Galonders durch Polen.

Grobe Rechtsverletzung gegen die deutsche Minderheit.

Kattowitz, 3. Juni. Wie bereits vor einiger Zeit gemeldet wurde, hat der Präsident der Gemischten Kommission Galonder darin entschieden, daß Einrichtungen, deren Zweck es ist, die soziale und kulturelle Lage der Minderheit zu pflegen und zu fördern, konzeptioniert werden müssen, und demgemäß die Konzeptionierung der Charitaschule und anderer für die Angehörigen der deutschen Minderheit bestimmter Einrichtungen in dem Herz-Jesu-Kloster in Königshütte anerkannt werden müßte, da die Verweigerung der Genehmigung zur Errichtung solcher Einrichtungen eine unterschiedliche Behandlung der deutschen Minderheit gegenüber der polnischen Mehrheit darstelle und den Bestimmungen des Genfer Abkommens widerspreche.

Die Entscheidung des Präsidenten Galonder ist im Antrage der polnischen Regierung durch den schlesischen Wojwoden Gracynski abgelehnt worden.

Die Rechtslage ist nun die, daß die Klage des Deutschen Volksbundes, die in diesem Falle als Eigentümerin des Herz-Jesu-Klosters Königshütte die Fürsorgegesellschaft vertritt, an den Völkerverbundrat weitergeht. Dieser wird sich jedoch nach Lage der Sache wohl erst in seiner Septembertagung mit der Angelegenheit befassen.

Massenverhaftungen in Polen.

Warschau, 3. Juni. In den letzten Tagen hat die polnische politische Polizei in den Wojwodschaften Bialystok, Nowogrodek und Wilna Verhaftungen in großem Maßstabe vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich Angehörige verschiedener Nationalitäten, neben Weiskruppen und Litauern auch Polen. Ansechtlich soll die Zahl der Verhafteten 150 betragen, doch ist die Warschauer Presse noch nicht genau informiert, ergibt sich in verschiedenen Vermutungen und kündigt für morgen weitere Enthaltungen an. Der „Allur. Kurzer Gdz.“ behauptet, die Verhafteten hätten Partisanenverbände gebildet und Anschläge auf die Nationalen Eisenbahnen und verschiedene Militärdetachements verübt. Angeblich sollen einige dieser Verbände bereits Raubüberfälle verübt haben.

Ein polnischer Schritt in Genf wegen Wilna?

Genf, 3. Juni. Die polnische Regierung hat, wie verlautet, an den Völkerverbundrat ein Schreiben gerichtet, in dem gegen den Passus der neuen litauischen Verfassung Einspruch erhoben wird, der Wilna als die Hauptstadt Litauens erklärt. Es verlautet ferner, daß die polnische Regierung auf der kommenden Ratstagung einen amtlichen Schritt in dieser Angelegenheit unternehmen werde.

An maßgebender Stelle des Generalsekretariats des Völkerverbundes wird demgegenüber erklärt, daß bisher ein solches Protestschreiben der polnischen Regierung noch nicht eingetroffen sei.

Aus Memel ausgewiesen.

Memel, 3. Juni. Gestern vormittag überbrachte ein Beamter in Zivil dem ersten Direktor des Verlags des „Memeler Dampfbootes“, Kämmler, ein Schreiben in litauischer Sprache, das auf Verlangen Kämmlers ins Deutsche übersetzt wurde. In dem Schreiben wurde Kämmler aufgefordert, innerhalb von sieben Tagen das Memel-Gebiet zu verlassen, widrigenfalls er polizeilich abgeführt werden würde. Direktor Kämmler soll ein geschäftliches Schreiben der Verlagsleitung unterzeichnet haben, das von litauischer Seite als politisch angesehen wurde. Kämmler, der sich niemals redaktionell betätigt hat, hat gegen die Ausweisung scharfsten Einspruch erhoben.

Die Mandate Ricklins und Roffes ungültig?

Paris, 3. Juni. Die von der Kammer in ihrer Eröffnungsansprache vom Freitag gewählten 11 Wahlprüfungsansprüche haben von 612 Mandatanten etwa 680 für gültig erklärt, während 90 in Frage gestellt wurden. Mit der Wahl der autonomen Abgeordneten von Altirch und Kolmar, Ricklin und Roffe, beschäftigt sich der 8. Ausschuss. Der Berichterstatter des hierfür eingesetzten Untersuchungsausschusses, wie verlautet, an dem Schluß gekommen sein, daß die beiden Autonomen nicht wählbar seien. Das endgültige Urteil soll jedoch nach der Entscheidung des Kassationshofes über die eingelegte Revision gegen den Kolmarer Prozeß gefällt werden.